

# Mark Dang-Anh, Dorothee Meer, Eva L. Wyss

## Zugänge und Perspektiven linguistischer Protestforschung

### 1 Einleitung

Was ist Protest und warum beschäftigt sich die Linguistik mit Protest? Um sich diesen einleitenden Fragen und dem damit verbundenen Phänomen zu nähern, werfen wir zunächst einen Blick in Wörterbücher: Der Duden beschreibt die nicht-fachsprachliche Bedeutungsvariation von *Protest* als „meist spontane und temperamentvolle Bekundung des Missfallens, der Ablehnung“ (Dudenredaktion o.J.). Der erste Eintrag des Wörterbuchs der Deutschen Gegenwartssprache lautet: „Äußerung, Bekundung des lebhaften Missfallens über etw., jmdn., mit dem man nicht einverstanden ist“ (Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache 1974). Etymologisch betrachtet ist ‚Protest‘ eine Entlehnung aus der wirtschaftlichen Fachsprache von einem formal-institutionalisierten hin zu einem alltagssprachlichen Gebrauch:

‚Beurkundung über die Verweigerung der Annahme oder Zahlung eines Wechsels‘ (16. Jh.), entlehnt als Wort der Kaufmannssprache aus gleichbed. ital. *protesto*, auch ‚Verwahrung, Einspruch‘, gebildet zu ital. *protestare* (s. oben). Danach allgemein (unter dem Einfluß von protestieren) ‚Verwahrung, Einspruch, Bekundung des Mißfallens‘ (18. Jh.). (Pfeifer 1993, Herv. i. Orig.)

Soweit die in diesem Band behandelten Gegenstände betroffen sind, sind diese Definitionen unzureichend. Als Wortgebrauchsbeschreibungen und somit als Annäherungen sind sie dennoch hilfreich, stellen doch die Nennungen von „Äußerung“, „Einspruch“ und „Bekundung“ das sprachlich-kommunikative Momentum von Protest heraus. Aufschlussreicher als Wörterbucheinträge sind wissenschaftliche Wortgebrauchsfestlegungen, etwa aus der Politikwissenschaft. Altheide und Gilmore attribuieren ihre Definition von Protest mit dem Sozialen: „Social protest is an expression of grievance that intends to provoke ameliorative action“ (Altheide/Gilmore 1972: 100). Protestieren wird demnach als ein Äußerungsakt gefasst, der auf Anschlusshandlungen zielt. Protest ist somit zu verstehen als Ausdruck von Unzufriedenheit mit dem Ziel der Veränderung sozialer, politischer oder gesellschaftlicher Zustände. Er richtet sich dabei vornehmlich gegen Machthabende, d. h., Menschen in politischen Leitungspositionen, Regierende, Verantwortliche, aber auch an Institutionen und generell

an die Gesellschaft und wird dadurch zu einer politischen Ressource der Machtlosen: „Protest is a political resource used by those who do not have direct access to policy making in order to mobilize influential public opinion“ (Della Porta 1999: 67). Den kontextuellen Aspekt betont Rucht, der Protest ebenfalls als sprachlich-kommunikative Handlungen konturiert: „Proteste sind kontextgebundene, zumeist auf einen konkreten Anlass bezogene Kommunikationsakte“ (Rucht 2015: 284). Diese kommunikativen Prozesse vollziehen sich in der Regel zu bestimmten Protestereignissen (vgl. auch Ertl 2015), die Neidhardt und Rucht wie folgt definieren: „Ein Protestereignis stellt eine kollektive, öffentliche Aktion nichtstaatlicher Akteure dar, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringt und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anliegens verbunden ist“ (Neidhardt/Rucht 2001: 28; vgl. Spitzmüller/Bendl i. d. Bd.). Auch hierbei wird deutlich, dass Proteste sich in sprachlich-kommunikativen Handlungsprozessen, also in semiotisch-praktischen Verfahren, konstituieren, die durch öffentlich wahrnehmbare Akteure vollzogen werden. Verhandelt werden dabei soziale, kollektiv verbindliche und somit gleichsam politische Themen.

Protest und Protestieren werden grundsätzlich kommunikativ und zuvorderst sprachlich hervorgebracht und sind somit empirisch für Beteiligte, Beobachtende und Analysierende fassbar. Diese Sichtweise, die auch in diesem Band von den Beitragenden eingenommen wird, betont die kommunikative Konstruktion (vgl. Keller/Reichertz/Knoblauch 2013; Knoblauch 2016) von Protest als gesellschaftliche Wirklichkeit und legt folgerichtig das Augenmerk auf die empirische Analyse sprachlicher Protestkommunikation. Der kommunikative Konstruktivismus knüpft als Theorieansatz an den Sozialkonstruktivismus von Berger/Luckmann (1969) an und betont die „Beobachtung, dass alles, was am sozialen Handeln gesellschaftlich relevant werden soll, auch kommuniziert werden muss“ (Knoblauch 2016: 29). Aus linguistischer Sicht muss hierbei betont werden, dass auch sprachliches Handeln Handeln ist und Sprachgebrauch im Zentrum kommunikativ konstruierter Wirklichkeiten steht.

Grundlegend dafür ist Betrachtung von Sprachgebrauch als die Prozessierung von Zeichen. Diese semiotisch-pragmatische Perspektive öffnet den Blick auf die fundamentale Semiotizität des Protestierens, wobei insbesondere durch sprachliche Zeichenverwendungen Protestbedeutungen konstituiert werden. Protest ist demnach von einer Zeichenhaftigkeit durchdrungen, die für seine Definition, wie einleitend dargelegt, grundlegend ist: Nur der in (meist sprachlichen) Zeichen artikulierte Protest kann die Anliegen vieler verständlich zum Ausdruck bringen. Protestieren bedeutet durchweg, Semiotisches kommunikativ zu prozessieren, wodurch der Protest nicht nur gestaltet, sondern vielmehr

auch erst hervorgebracht und kontinuierlich bearbeitet wird. Als Protestanlässe kommen „von den Protestakteuren als Missstände, Fehlentwicklungen, Ungerechtigkeiten etc. bewertete Sachverhalte“ (Kämper i. d. Bd.) in den Blick, die es zu erreichen oder zu beheben gilt. Die gemeinsame, zeichenhafte Äußerung von Kritik, Widerspruch und damit verbundenen politischen Anliegen, die grundlegend für Protest ist, lässt sich als ein wesentliches Element von Protestkommunikation auffassen. Protestkommunikation kann dabei unterschiedliche Formen und Dynamiken annehmen. Um dies zu illustrieren, sei an eine der prägnantesten und tradiertesten Protestformen gedacht: den Straßenprotest. Protest äußert sich bei Straßenprotestereignissen etwa in gemeinsamen Chören und Rufen (z. B. „Nationalismus raus aus den Köpfen“, „Black Lives Matter“), auf Plakaten und Transparenten (z. B. „Omas gegen rechts“, „Rassismus tötet!“, „Nein heißt Nein“), in protestzugehörigen Hashtags (z. B. „#metoo“, „#fridaysforfuture“), aber auch durch Kleidung (z. B. bedruckte T-Shirts, Augenbinden, selbstgestrickte ‚Pussy Hats‘) oder Körperformationen (z. B. „SOS“).

Die Beispiele zeigen, dass nicht nur der Ausdruck des Protestanliegens oder dessen Zielsetzung semiotisch prozessiert wird, sondern Protestkommunikation ebenso der Herstellung gemeinsamer Identitäten und geteilten Wissens dient (vgl. Spieß 2016: 344). Erfolgreich Protest zu kommunizieren bedeutet zudem, möglichst viele zu erreichen (vgl. Rucht 2012). Protestkommunikation muss öffentlich sein, um gesellschaftlich wirksam zu werden (vgl. die Differenz zur Subversion bei Diekmannshenke i. d. Bd.). Um Öffentlichkeit überhaupt erst herzustellen, bedarf es der medialen Vermittlung von Protest. Spitzmüller/Bendl spitzen die Notwendigkeit von Kommunikation, Öffentlichkeit und Medialität für Protest und Protesthandlungen in ihrem Beitrag wie folgt zu: „So wie Protest, der nicht kommuniziert wird, nicht existiert, ist auch Protest, der medial nicht distribuiert wird, gesellschaftlich inexistent“ (Spitzmüller/Bendl i. d. Bd.).

Darüber hinaus sind Proteste als gesellschaftliche Geschehnisse in der Zeit auch Wandelprozessen unterworfen. Pappert und Mell konstatieren,

dass es sich bei ‚Protest‘ um ein kulturelles Konzept handelt, d.h. die sich manifestierenden Protestformen sind an die jeweiligen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten angepasst [...]. Protest ist also abhängig von der konkreten historischen Situation, die die Rahmenbedingungen dahingehend setzt, welche Form von Protest legitim und/oder legal ist. (Pappert/Mell 2018: 240)

Der linguistische Blick muss entsprechend auch der Historizität von Protest gelten (vgl. Kämper, Markewitz, Schuster i. d. Bd.). Mit Bezug auf die oben zitierte von Rucht (2015) konstatierte Kontextbezogenheit, lässt sich diese Auffas-

sung noch erweitern: Proteste, Protestformen und Protesthandlungen vollziehen sich nicht nur vor dem Hintergrund und der Historie der jeweilig gegenwärtigen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bedingungen, sondern sie setzen sich kritisch mit ihnen auseinander und zielen auf Veränderungen bestehender Ordnungen ab. Das bedeutet eine wechselseitige Relation zwischen Gesellschaft und Protest: Protest kann die Gesellschaft verändern, aber Proteste ändern sich auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Der Wandel des Protestierens zeigt sich zudem in der Art und Weise, wie, d. h. durch welche Medienpraktiken Öffentlichkeiten erzeugt werden und kommunikative Praktiken der beteiligten Akteure vollzogen werden. Vor allem digitale Praktiken im Internet kennzeichnen diesen fortdauernden Transformationsprozess, der insbesondere in sozialen Medien beobachtet werden kann (vgl. Gnauf-Fränké/Wyss i. d. Bd.).

Wir fassen zusammen: Protest ist zuvorderst ein kommunikativer, zeichnerhafter und sprachlicher Prozess. Durch Sprache wird Protest nicht lediglich Ausdruck verliehen, vielmehr wird Protest durch den Gebrauch von Sprache und anderen Zeichen in Interaktionen, Texten und Diskursen als solcher überhaupt erst konstituiert. In den Fokus der linguistischen Protestforschung rücken somit Phänomene der zeichnerhaften, vor allem sprachlichen Protestkommunikation als protest- und somit gesellschaftskonstitutive Elemente. Erst in der öffentlichen Protestkommunikation werden Gegenstände des Protests verhandelbar. Erst durch seine mediale Distribution und Verfertigung erreicht Protest gemeinschaftliche oder gesellschaftliche Relevanz. Gleichzeitig haben die medialen Entwicklungen zu einer Veränderung der Öffentlichkeit beigetragen. Und auch die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich Protest vollzieht, verändern sich. Somit haben sich ebenso die Praktiken der Protestkommunikation, d. h. die Art und Weise wie Menschen protestieren, mit der Zeit verändert.

Die einleitende Frage ‚Was ist Protest‘ lässt sich folglich erst beantworten, wenn man die Akteure von Protesten, deren sprachlich-kommunikativen Praktiken, die beteiligten Medien und Infrastrukturen, die erzeugten Öffentlichkeiten und die Historizität von Protesthandlungen in den Blick nimmt. Somit werden *Protest*, *Protestieren* und vor allem *Protestkommunikation* zu Forschungsgegenständen einer linguistischen Protestforschung, die kein genuin eigenständiger Forschungsbereich ist, sondern sich vielmehr zusammensetzt aus Teilgebieten der Sprachwissenschaft, die sich für Diskurse, Sozialität und Interaktion, Handlungen und Praktiken, Medien, Texte, Politik und Geschichte interessieren. Wie unschwer zu erkennen ist, öffnet dies auch das Potential für interdisziplinäre Protestforschung.

Der vorliegende Band dokumentiert ein Symposium mit dem Titel „Wandel der Protestkommunikation: Sprache, Medien, Modalitäten“, das auf dem Kongress der Gesellschaft für Angewandte Linguistik (GAL e.V.) im September 2018 abgehalten wurde. Ziel des Bandes ist es, vor dem aufgespannten Hintergrund ein Schlaglicht auf aktuelle Entwicklungen und Themen der linguistischen Protestforschung und deren handlungstheoretischen (Diekmannshenke, Spitzmüller/Bendl), historischen (Kämper, Markewitz, Schuster) und medialen (Michel/Pappert, Gnau-Franké/Wyss, Dang-Anh) Schwerpunktsetzungen zu werfen. Wenngleich somit nur Teilbereiche aktueller und historischer Protestphänomene und analytischer Zugriffe gestreift werden können, so regt dieser Band idealiter zu weiterer linguistischer Betätigung und Diskussion auf dem Gebiet der Protestforschung an.

Letzteres gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass hoch relevante, nach September 2018 stattfindende Protestereignisse wie die vielfältigen medialen Formen der Klimaproteste ebenso wie die Anti-Corona-Protteste in diesem Band nicht zu einem eigenständigen Gegenstand werden konnten. Im folgenden Abschnitt soll es daher darum gehen, zumindest exemplarisch die Notwendigkeit zu unterstreichen, die empirischen und theoretischen Überlegungen dieses Bandes bezogen auf gegenwärtige und zukünftige Protestereignisse fortzuschreiben.

## **2 Zugänge zu Protest – Ein exemplarischer Kommentar**

Im Folgenden sollen grundlegende Kategorien aus den Beiträgen dieses Bandes aufgegriffen und bezogen auf zwei Postings und einen Zeitungskommentar aus dem Themenfeld der Klimaproteste verdeutlicht werden. Dabei kann es in der Kürze dieser Einleitung selbstverständlich nicht darum gehen, die Klimabewegung zu einem eigenständigen, angemessen kontextualisierten Gegenstand zu machen.

Den folgenden Tweet postete Luisa Neubauer, eine der führenden deutschen Vertreter\*innen der sozialen Bewegung „FridaysForFuture“ am 29. November 2019, am Tag einer deutschlandweit ausgerufenen Großdemonstration zum Klimawandel auf Twitter:



**Abb. 1:** Tweet von Luisa Neubauer vom 29.11.2019 (<https://twitter.com/Luisamneubauer/status/1200433704935591941>)

Verschiedene protestkommunikative Aspekte werden in diesem Posting, das einen weiteren Tweet des Accounts von *Fridays For Future Germany* per Retweet integriert und durch das Hashtag<sup>1</sup> *#FridaysForFuture* den Klimaprotest kontextualisiert, deutlich: Zunächst einmal definiert Neubauer selbst die Aktivitäten der Bewegung von *Fridays For Future* als „Klimamassenprotest“, d. h. sie weist die Aktivitäten im Umfeld der an diesem Tag deutschland- und weltweit stattfindenden Großdemonstrationen der Ethnokategorie *Protest* zu. Zudem stellt sie implizit die gesellschaftliche Relevanz des Protestereignisses, das von einer großen Gruppe („Klimamassenprotest“; im zitierten Posting: „deutschlandweit 630.000 Menschen“) getragen wird, heraus. Überdies expliziert sie die Kritik an der aktuellen „Klimapolitik“ („raubt uns die Zukunft“), wodurch die machthabende Politikakteurin, die in dem zitierten Posting genannte „Bundesregierung“, intertextuell als verantwortlich für den kritisierten Zustand identifiziert wird. Protestkommunikation wird hier zur *sprachlichen Herstellung von Identität* genutzt: Während das zunächst verwendete „Wir“ derart gelesen werden kann, dass es sich primär auf die Protestdurchführenden bezieht, gibt das folgende „uns“ andererseits die Möglichkeit weitere Adressat\*innen zu inkludieren. Angesprochen sind damit Angehörige einer jungen Generation, deren Zukunft in Gefahr sei. Das Posting ist beispielhaft für in- und exkludierende sprachliche Praktiken, durch die „diskurssemantische Grundfigur[en] des Eigenen und des

<sup>1</sup> Vgl. zur operativen Funktionalität der Twitter-Operatoren Dang-Anh 2019: 91ff.

Fremden“ (Busse 1997: 23) aufgebaut werden. Neubauer schafft hierbei sowohl Identifikationsangebote für eigenpositionierte Unterstützer\*innen des Protestanliegens als auch fremdpositionierte Gegenspieler\*innen, nämlich diejenigen, die Politik verantwortlich gestalten sowie die, die vermeintlich nicht an die Durchführung einer Großdemonstration geglaubt hatten („so viele hatten gesagt, es sei unmöglich“). Indem sie darstellt, dass das Protestereignis trotz offenbar großer Widerstände und Skepsis durchgeführt wurde, weist sie die eigene Handlungsfähigkeit aus, schreibt dem Protest implizit Erfolg zu und assoziiert somit das inkludierende Identifikationsangebot positiv („wir haben es trotzdem gemacht“).

Mit dieser vorrangig *sprachlichen Verbreitung* ihrer Einschätzung über Twitter referiert sie also zum einen auf das Protestereignis einer konkreten Großdemonstration, die aus einer spezifischen Perspektive in die (mediale) Öffentlichkeit getragen wird, zum anderen realisiert sie gleichzeitig eine mediale Form des Protests, *indem* sie twittert. Mediengestützte Protestformen, wie die vorliegende, können mit Dang-Anh (2019; i. d. Bd.) aus einer doppelten Perspektive beschrieben werden: So sind sie sowohl „situier“, indem sie sich auf konkrete politische Konstellationen beziehen, als auch „situierend“, indem die avisierten Protest-Konstellationen von den Beteiligten interaktiv erst hervorgebracht werden müssen (vgl. Dang-Anh i. d. Bd.), um überhaupt als Protest wahrgenommen zu werden. In diesem Sinne kommen sprachliche *Protestpraktiken* aus ethnographischer Perspektive als Hervorbringung einer Protestwirklichkeit in den Blick, die im Vergleich zu Online-Protesten (vgl. Gnau-Franké/Wyss i. d. Bd.) wie beispielsweise bei #Aufschrei oder #MeToo hier in Einheit mit dem physisch kopräsenten Protestgeschehen auf der Straße stattfindet.

Als *argumentativen Kern* ihrer Behauptung fokussiert Neubauer in ihrem Tweet die (behauptete) Abkehr der Bundesregierung (GroKo) vom „1,5-Grad-Ziel“ (des Pariser Klimaabkommens). Diese Abkehr bezeichnet der zitierte Tweet als „zerstörerische Politik“, in der Neubauer die Gefahr der Vernichtung jeglicher Zukunft ausmacht. Damit prozessiert sie mit Handlungen wie ‚behaupten‘, ‚vorwerfen‘ und ‚beurteilen‘ einen gegenpositionierenden *Dissens*, in dem die FridaysForFuture-Bewegung die Rolle einer protestierenden Gruppe zugesprochen wird, die *gegen eine hegemoniale (Klima-)Politik* vorgeht.

In diesem Sinne werden in diesem Band Protestereignisse u. a. als Ausdruck gesellschaftlicher Gegenbewegung gegen unterschiedliche Auswirkungen einer als hegemonial wahrgenommenen Politik gefasst, die von nicht-hegemonialen Gruppen initiiert und interaktiv prozessiert werden (vgl. Kämper i. d. Bd.; Markewitz i. d. Bd.; Bendl 2018: 80).

Protest kann somit nur dann als Protest bezeichnet werden, wenn er auch als solcher wahrgenommen und akzeptiert wird. Diesen Aspekt stellen vor allem Spitzmüller und Bendl durch ihren Verweis auf die Glückensbedingungen von Protest heraus (vgl. Spitzmüller/Bendl i. d. Bd.). Das Ringen um Anerkennung und Legitimität wird durch die beteiligten Akteure, zuweilen höchst agonial, ausgetragen.

Nicht zuletzt aufgrund der digitalen Mediatisierung und den damit zunehmenden Möglichkeiten, Protestpositionen darzustellen und für Protestanliegen zu mobilisieren, kommt es zu einer *Pluralisierung von Protestpositionen*, aus der sich mitunter *komplexe Protestkonstellationen* ergeben. Diese Konstellationen können über die Gegenüberstellung hegemonialer und nichthegegonialer Akteure hinausgehen, wie das Phänomen der Gegendemonstration (vgl. Dang-Anh i. d. Bd.) zeigt. Linguistisch interessant ist daran insbesondere die jeweilige *komplexe Adressat\*innenorientierung* und deren Niederschlag in der sprachlichen Protestherstellungen. Auszugehen ist in dieser gesellschaftlichen Entwicklung davon, dass sich daraus die semiotische und mediale Herausforderung ergibt, Protestanliegen und Identifikationsangebote möglichst distinkt, attraktiv und adressat\*innengerecht in unterschiedlichen Medien zu formulieren. Protestieren zu können, bedeutet demnach ebenso, kommunizieren und mit Medien umgehen zu können.

Eine aus semiotischer Sicht entscheidende Rolle bei Formen der Prozessierung und Aushandlung von Protest spielen die unterschiedliche Protestformen konstituierenden *Metasymbole* (vgl. Spitzmüller/Bendl; Markewitz i. d. Bd), die entscheidend dafür sind, ob Protesthandlungen situationsübergreifend als spezifische Form des Protests erkannt werden. Diese Annahme, die auf die *multimodale Dimension* von Protest verweist (vgl. Michel/Pappert i. d. Bd), wird auch durch den folgenden Tweet unterstrichen, der erneut aus dem Umfeld der bereits angesprochenen Großdemonstration gegen den Klimawandel am 30.11.2019 stammt. Konkret geht es in diesem Tweet um eine Demonstration am ostdeutschen Braunkohlekraftwerk in Jänschwalde.

In diesem nachstehenden Tweet von *Fridays For Future Germany* sind sowohl die Türme des Kohlekraftwerks Jänschwalde als (Meta-)Symbole für das aus Sicht der Demonstrierenden den Klimawandel vorantreibende herrschende System bildlich realisiert als auch demonstrierenden Gruppierungen, die als einzelne Menschen mit Protestschildern zu sehen sind. Damit wird in dieser Abbildung bereits tweetimmanent ein Dissens zwischen zwei diskursiv konträren Positionen *bildlich* verdeutlicht.



**Abb. 2:** Tweet von Fridays For Future Germany vom 30.11.2019

Spitzmüller und Bendl (i. d. Bd.) weisen im Anschluss an Silverstein darauf hin, dass Metasymbole wie diese öffentliche Protestbekundungen durch indexikalische Verweise als solche lesbar gemacht werden. So verweisen beispielsweise die roten Schilder im Tweet in Abbildung 2 mit der Aufschrift „STOP Klimakrise. STOP GroKo“ indexikalisch auf unterschiedliche Organisationsgruppen aus dem Umfeld der Protestbewegung, die diese Pappschilder deutschlandweit unter Demonstrant\*innen verbreitet haben. Typisch ist hierbei u. a., dass sowohl der Protestanlass als auch die Protesthandlungen selbst im abgebildeten Tweet symbolisch genutzt werden. Somit wird der dem Protest zugrundeliegende Dissens multimodal unmittelbar (mit-)realisiert. Gleichzeitig wird auch hier der bereits erwähnte Doppelaspekt jeglicher Protestpraktik deutlich, da durch die mediale Verbreitung des Tweets Protest nicht nur dokumentiert, sondern gleichzeitig als spezifische Form von Protest interpretierbar wird.

Dem Posting wohnt überdies ein explizit situatives Moment inne: Durch die textuelle Rahmung „LIVE“ – eine Remedialisierung von Bildunterschriften bei

audiovisueller Liveberichterstattung, etwa im TV – wird *liveness* (vgl. Auslander 2008) durch den Absender performativ hergestellt. Während „LIVE“ die temporale Gleichzeitigkeit des in der Text-Bild-Schnittstelle dargestellten Protestgeschehens betont, dient das Foto zur evidenzbasierten Dokumentation der räumlichen Anwesenheit am Protestort (nach dem Motto: ‚pics or it didn’t happen‘; vgl. Dang-Anh 2019: 389). Der situative Sachverhalt *Protest* wird durch das multimodale Twitter-Posting demnach transtemporal und transspatial hergestellt und für andere übersituativ verfügbar gemacht. Protestkommunikation in digitalen Medien erfordert eine multimodale Kompetenz, in Sprache-Bild-Texten dargestellte Sachverhalte zu lesen und einzuordnen (vgl. Stöckl 2011: 45).

Bereits diese ersten Überlegungen anhand konkreter Beispiele von Protesthandlungen lenken die Aufmerksamkeit auf methodologisch und methodisch zentrale Aspekte der Bestimmung von Protest im Rahmen des vorliegenden Bandes: So wird Protest mehr oder weniger explizit von allen Autor\*innen dieses Bandes initial als Ethnokategorie untersucht, die als wissenschaftliche Kategorie anhand von *empirischen Daten* (unterschiedlicher Herkunft und Art) analysiert und erschlossen werden muss. Aus einer solchen Perspektive stehen konkrete Protestformen mit den ihnen inhärenten Protesthandlungen ebenso im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, wie die Frage von interaktiv auszuhandelnden Formen der Protestwahrnehmung bzw. -akzeptanz.

Dabei ist es für die in diesem Band vertretenen Zugänge entscheidend, dass der Begriff des Protests nicht bestimmten politischen Systemen bzw. einzelnen (ideologischen) Lagern vorbehalten bleibt (Zimmermann/Resch 2017: 92; Schönberger/Sutter 2009: 10), sondern jenseits konkreter politischer Positionen funktional als öffentlich ausgetragener Dissens gegen hegemoniale Positionen gefasst wird (vgl. dazu aus systemtheoretischen Sicht Markewitz i. d. Bd.). Dies wird dort besonders offensichtlich, wo entweder rechte Protestaktivitäten untersucht (vgl. Spitzmüller/Bendl; Markewitz i. d. Bd.) oder Gegendemonstrationen gegen rechte Demonstrationen behandelt werden (vgl. Dang-Anh i. d. Bd.).

Die Beiträge des vorliegenden Bandes unterstreichen u. a. die kontinuierliche Tendenz, die *Legitimität von Protestformen* bzw. die ethnokategoriale Einordnung *als* Protest infrage zu stellen, indem sie als staatsgefährdender Widerstand (vgl. Schuster i. d. Bd.), als linker Faschismus (vgl. Kämper i. d. Bd.), als Vandalismus oder Gewalt (vgl. Michel/Pappert i. d. Bd.), als Subversion oder Revolte (vgl. Diekmannshenke i. d. Bd.) verhandelt werden. Diese Tendenz zeigt sich etwa in den seit 1967/68 Jahren wiederkehrenden Diskussionen um die Legitimität von Gewalt als Mittel des Protests (vgl. Kämper i. d. Bd.). Wenn also Spitzmüller und Bendl darauf verweisen, dass „Protesthandlungen [...] Erwartungen, Werte und Einstellungen entgegengebracht“ (i. d. Bd.) werden, dann

beinhaltet diese Feststellung neben der oben bereits erläuterten interaktiven Komponente der Aushandlung von Protest zusätzlich die Tatsache, dass die Reaktion auf Formen des Protests früher oder später begleitet ist von dem Versuch, die Grenzen von Protest zu bestimmen.

Schuster und Diekmannshenke (beide i. d. Bd) machen deutlich, dass Formen des Widerstands bzw. der Subversion in totalitären Gesellschaften aufgrund der Notwendigkeit, die widerständigen Handlungen von ihren Urheber\*innen zu trennen sowie *öffentliche* Anschlusskommunikation zu verhindern, anderen diskursiven Bedingungen unterliegen als Protest in demokratischen Gesellschaften. Schuster vertritt in diesem Zusammenhang die These, dass Widerstand (wie etwa die von ihr untersuchten Formen des Widersprechens im Nationalsozialismus) gerade deshalb nicht als Protest zu kategorisieren ist, weil die für den Nationalsozialismus typische „Entkoppelung des Akteurs von seinem widerständigen Produkt und seine daraus resultierende, weitgehende Unsichtbarkeit im öffentlichen Raum“ (Schuster i. d. Bd.) modernen Definitionen von Protest wie etwa der von Gherairi (2015) widersprechen. Hier wird in Zukunft zu diskutieren sein, inwieweit eine Differenzierung zwischen ‚demokratischem‘ Protest und ‚totalitärem‘ Widerstand auf der Ebene der Definition notwendig und produktiv ist. Im Rahmen dieser Diskussion wird vermutlich von Bedeutung sein, ob eher die Unterschiede oder eher die Gemeinsamkeiten ‚antihegemonialer Formen der Gegenbewegungen‘ in den Vordergrund gerückt werden sollen.

Allerdings machen in diesem Zusammenhang die Beiträge von Kämper sowie Michel und Pappert (beide i. d. Bd.) deutlich, dass auch in demokratischen Gesellschaften die in der bisherigen Protestforschung eher selten thematisierte Frage der Begrenzung von legitimem und akzeptablem Protest von entscheidender Bedeutung ist. Dass hier durchaus ein empirisch weiter zu bearbeitender Aspekt von Protest vorliegt, soll der folgende Auszug aus einem Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10.12.2019 verdeutlichen, der thematisch erneut im Bereich der Diskussionen um den Klimawandel einzuordnen ist. Dort heißt es anlässlich der Erklärung des „Klimanotstands“ u. a. durch das Europaparlament unter der Zwischenüberschrift „Das Spiel mit dem Recht auf Widerstand ist gefährlich – gerade für die staatliche Ordnung“:

Denn was als Verteidigung der Natur daherkommt [gemeint sind die Aktivitäten im Hambacher Forst; d. Hrsg.], ist nicht selten strafbarer Landfriedensbruch. Und hier zeigt sich eine Nähe zur Gewalt, die für die Grünen eben keineswegs nur ein historisches Problem ist. Die RAF ist für das heutige, teils philosophisch-smarte, teils unbedarf-kecke Führungsduo [gemeint sind die Parteivorsitzenden der Grünen Baerbock und Habeck; d. Hrsg.] fast so weit weg wie der Nationalsozialismus für die heutige Führung der überkommenen Volksparteien.

Aber die zahlreichen gutsituierten und bürgerlichen Wähler der Grünen ändern nichts daran, dass zu deren DNA der Protest gehört. Natürlich nicht gleich die Befürwortung öffentlicher Gewalt. Auch die alten, klugen Veteranen aus dem Frankfurter Westend wussten ganz genau, wann sie noch mitmachten und wann sie was anderen überließen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.2019: 1)

In dem hier diskursiv vermittelten Zusammenhang zwischen der Erklärung des Klimanotstands durch das EU-Parlament, den Protestereignissen im Hambacher Forst, der juristischen Verfehlung des Landfriedensbruchs, Fragen der Legitimität von Gewalt, der RAF und den Grünen wird jenseits einer politischen Würdigung des Zitats offensichtlich, dass Protest auch (oder gerade) in demokratischen Gesellschaften aus (nahezu) genetischer Perspektive (hinterlegt z. B. in der „DNA“ der Grünen; siehe Zitat) prinzipiell ein staatsgefährdendes Potenzial zugesprochen werden kann. Gleichzeitig liegt ein entscheidender Unterschied zu den von Schuster untersuchten Formen des Widerstands im Nationalsozialismus jedoch unstrittig darin, dass die Notwendigkeit einer öffentlich diskutierten Begründung für staatlich repressive Reaktionen – auch wenn dies in Form von fraglichen Analogiebildungen geschieht – natürlich einen relevanten Unterschied zu Formen des Verschweigens und Wegsperrens darstellt. Dass dabei in jedem Fall graduierende Fragen einer eher rigiden oder einer flexibel verschiebbaren Grenzziehung eine Rolle spielen, wird im Rahmen einer solchen Diskussion zu berücksichtigen sein. Aus der Perspektive der Beiträge dieses Bandes unterstreicht dabei vor allem die Feststellung von Diekmannshenke, dass gerade ironisch-subversive Protestpraktiken unter totalitären Bedingungen als Rebellion wahrgenommen werden können (vgl. Diekmannshenke i. d. Bd.), die Tatsache, dass die hegemoniale Einschätzung des Gefahrenpotenzials, das von antihegemonialen Protesten ausgeht, von entscheidender Bedeutung ist.

Diese Überlegungen verdeutlichen aber gleichzeitig auch ein strukturelles Dilemma von Protest: Protestpraktiken sind politisch besonders produktiv, wenn sie sich öffentlichkeitswirksam gegen hegemoniale Kernwerte wenden und auch als solche wahrgenommen werden. Aber gerade darin liegt ihre Gefahr für das jeweilige politische System: Vor allem dann, wenn es öffentlichkeitswirksam gelingt, die Relevanz des Protestpotentials zu unterstreichen, steigt die Wahrscheinlichkeit als (vermeintlich oder tatsächlich gewaltaffine) Systemgegner\*innen aus dem System ausgeschlossen zu werden.

### 3 Beiträge dieses Bandes

Damit möchten wir in einem nächsten Schritt zunächst zu den konkreten Beiträgen dieses Bandes überleiten, die sich in Beiträge mit handlungstheoretischen (I.), historischen (II.) und medialen (III.) Zugängen gliedern:

#### Teil I: Handlungstheoretische Zugänge

Die Überlegungen von **Jürgen Spitzmüller** und **Christian Bendl** unter dem Titel „Veränderung durch Stabilität. Konturen einer Protest(meta)pragmatik“ können insoweit als grundlegend für diesen Band gelten, als dass es den Autoren darum geht, ein metapragmatisches Beschreibungskonzept von ‚Protest‘ zu entwickeln, das es erlaubt, Protest auf der Basis empirischer Daten als Ethnokategorie zu erfassen. In diesem Rahmen argumentieren die Autoren dafür, dass ‚Protest‘ nicht nur artikuliert, sondern gleichzeitig konstituiert und lesbar gemacht werden muss. Ein aus methodologischer Sicht entscheidender Aspekt des Beitrags besteht dabei in der Erkenntnis, dass Protesthandlungen nicht vollzogen werden, sondern darüber hinaus auch glücken müssen. Aus einer solchen Perspektive kommt nicht nur das Protesthandeln als zielorientierte Praxis in den Blick, sondern auch die Tatsache, dass das Protesthandeln als Protest akzeptiert werden muss.

Diese Überlegungen greifen die Verfasser im zweiten Teil ihres Beitrags empirisch anhand von unterschiedlicher Mediendaten aus dem Umfeld der rechtspopulistischen Protestbewegung ‚Identitäre Bewegung Österreich‘ auf, anhand derer sie vier verschiedene Arten von Protestaktivitäten aufzeigen, die sich aus ihren vorhergehenden Überlegungen systematisch ableiten lassen: *Protest ermöglichende Kommunikation*, *Protest begleitende Kommunikation*, *Protest distanzierende Kommunikation* und *Protestakzeptabilität diskutierende Kommunikation*. Insgesamt geht es ihnen damit darum, exemplarisch aufzuzeigen, dass Protestaktivitäten „Erwartungen, Werte und Einstellungen entgegengebracht“ (Spitzmüller/Bendl i. d. Bd.) werden, die mediengestützt diskursiv verortet und diskursiv verhandelt werden müssen, um als Protest begriffen zu werden.

**Hajo Diekmannshenke** bezieht sich in seinem Beitrag „Subversives Handeln und Protestkommunikation“ auf die subtilen Möglichkeiten der Verfremdung und Ironisierung. Dabei geht es ihm vorrangig darum, die Kategorie der Subversion anhand ihres ästhetischen Potenzials als Form der Widerständigkeit in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit zu rücken. Dies geschieht in Abgrenzung zu soziologischen Konzepten nicht aus der Sicht des politischen Schlagworts ‚Subversion‘, sondern aus einer vorrangig linguistischen (d. h. sprachlichen und bildlichen) Perspektive, bei der der Begriff des ästhetischen Handelns

im Vordergrund steht. Entscheidend ist, dass Diekmannshenke sein Konzept des subversiven Handelns auf ein heterogenes Korpus aus unterschiedlichen Textsorten (wie Witzen, Flugblättern, Karikaturen und Formen des Kabarets) und gesellschaftlichen Praxisbereichen (wie Presse, Theater und Literatur) bezieht.

In diesem Zusammenhang geht es einerseits um Fragen der Definition und Abgrenzung von subversivem Handeln und Protest. Hierbei kommt subversives Handeln zwar auch als Teilstrategie von Protest in den Blick, im Kern der Überlegungen Diekmannshenkes unterscheidet sich Subversion jedoch insoweit von Protest, als dass der Grad und die Offensichtlichkeit von subversiven Formen deutlich geringer und ästhetisch mehrdeutiger sind, als dies bei typischen Formen des politischen Protests der Fall ist (vgl. dazu Kämper i. d. Bd.). Dies macht Formen der Subversion, darauf weist der Autor nachdrücklich hin, so gut geeignet, in totalitären oder undemokratischen Systemen genutzt zu werden.

## Teil II: Historische Zugänge

Aus einer solchen politischen Perspektive besitzen die Ausführungen von Diekmannshenke eine gewisse Nähe zu den Überlegungen von **Britt-Marie Schuster**, die in ihrem Beitrag „Widersprechen als diskursive Praktik. Illustriert an der Widerstandskommunikation gegen den Nationalsozialismus (1933–1945)“ der Frage nachgeht, inwieweit sich Formen des antitotalitären Widerstands in spezifischen Praktiken sprachlichen Handelns niederschlagen. Hierbei konzentriert sie sich (anders als Diekmannshenke) jedoch nicht auf ästhetische Fragen, sondern auf die Praktik des argumentativ ausgerichteten Widersprechens. Diese Praktik untersucht sie im Rahmen eines qualitativen Korpus von 75 Texten aus dem Bereich des deutschen Widerstands in der Zeit zwischen 1933 bis 1945.

Neben den spezifischen politischen Bedingungen des Nationalsozialismus betont Schuster den dominant schriftlich-dialogischen Charakter von Textsorten wie Wandparolen, Postkarten, Flugblätter, aber auch programmatischen Texten und Streitschriften (wie den Predigten von Clemens August von Galen), die in internen Kreisen zirkulierten. Methodisch geht es ihr um den Zusammenhang zwischen dem spezifischen Äußerungskontext der Texte, den genutzten Kommunikationsformen und den sich in diesem Zusammenhang herausbildenden Praktiken des Widersprechens, anhand derer Widerstand ausgeübt wird. Ihre empirische Analyse umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Arten des Widersprechens, die insgesamt unterstreichen, dass diese diskursive Praktik ein verbindendes Moment zwischen unterschiedlichen Textsorten und Gruppierungen darstellt, gleichzeitig jedoch unterschiedliche Gestaltungsmuster mit einem

je anderen Kontextualisierungspotenzial enthalten. An dieser Stelle unterstreicht Schuster über ihren konkreten Gegenstand hinaus, dass Protestaktivitäten sich auch bei ähnlicher Form bezogen auf Aspekte der Identitätsbildung, Positionierung und Sachverhaltsdarstellung erheblich unterscheiden. Diese Feststellung, die in der aktuellen Protestforschung vor allem bezogen auf das Aufgreifen von als „links“ kodierten Protestformen durch rechte Gruppierungen diskutiert wird, dürfte eine hoch relevante Verbindung zu aktuellen Protestphänomenen bilden.

Diese Annahme unterstreicht der Beitrag von **Friedrich Markewitz**, in dem es unter dem Titel „Protest‘ von Rechts? Strategien neurechter bzw. rechtspopulistischer Akteure zur Aneignung diskursiver Positionen des Widerstands im sog. ‚Dritten Reich‘“ um die aktuelle Nutzung historisch zurückliegender Formen des Widerstands geht. Konkret analysiert Markewitz anhand eines qualitativen Korpus von Auszügen des Blogs „Politically Incorrect“ (PI) Fragen der Rezeption und politischen Nutzung von Formen des nationalsozialistischen Widerstands durch gegenwärtige neurechte und rechtspopulistische Gruppierungen. Dabei ist der Blog PI seiner Einschätzung nach im Schnittbereich unterschiedlicher rechter Gruppierungen angesiedelt.

Markewitz geht es im Rahmen seiner Analyse um die Frage, auf welche Weise in diesem Blog (Meta-)Symbole und diskursive Praktiken der Widerstandsgruppe des 20. Julis 1944 aufgegriffen und interpretativ genutzt werden. Er arbeitet heraus, dass die Autor\*innen des Blogs mit den Mitteln historischer Analogiebildungen ein Bedrohungsszenario entwerfen, in dessen Rahmen die Bundesrepublik der Gegenwart analog zum ‚Dritten Reich‘ als Unrechtsstaat erscheint und die Vertreter\*innen des Blogs zum Teil eines legitimen (staatlich unterdrückten) Widerstands werden. Anhand seines Materials kann Markewitz fünf unterschiedliche Diskurspraktiken des Kontrastierens aufzeigen, die darauf ausgelegt sind, eine Differenz zwischen den Protestträger\*innen und der staatlichen Hegemonie zu konstruieren. Diese Formen der Kontrastierung erlauben es den Autor\*innen des Blogs, ihre Position analog zu der der Widerstandskämpfer des 20. Julis 1944 zu interpretieren. Aus methodischer Sicht beschreibt Markewitz diese Aktivitäten im Anschluss an Luhmann als Ausdruck einer rechten bzw. rechtsextremen Protestbewegung, die an der Peripherie des politischen Systems angesiedelt ist und versucht, ihre politische Unzufriedenheit thematisch ins Zentrum des Systems zu transportieren.

Um die Frage der Legitimität von Protest und die Notwendigkeit, dessen Grenzen in öffentlichen Formen der Aushandlung auszutragen, geht es **Heidrun Kämper** aus protesthistorischer Perspektive in ihrem Beitrag „Protest als sprachliches Umbruchphänomen der späten 1960er Jahre – Aushandeln

einer politischen Ausdrucksform“. Im Mittelpunkt ihres Beitrags steht die Frage nach dem Verlauf des Aushandlungsprozesses der Begriffe Praxis, Provokation und linker Faschismus in den späten 60er Jahren. Dabei macht die Verfasserin deutlich, dass im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Möglichkeiten von Protest vor allem die Frage der Legitimität von Gewalt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand. Diese stellte im Verständnis der studentischen Linken eine mögliche und durch demokratische Grundregeln legitimierte Ausdrucksform von Protest dar, während die intellektuelle Linke hierin eine nicht zu legitimierende Form des Protests sah, die noch dazu dafür geeignet war, staatliche Gegengewalt zu provozieren.

Indem Kämpfer anhand von Texten und Reden den angesprochenen Aushandlungsprozess um die Frage der Legitimität und der Legitimierbarkeit von Gewalt und Gegengewalt schrittweise nachzeichnet, wird ausgehend vom Gegensatzpaar von Theorie und Praxis deutlich, dass die Vertreter der Frankfurter Schule von der Überlegenheit (ihres) theoretischen Vorgehens überzeugt waren, Formen der Gewalt als nicht legitim zu behandeln, wohingegen die studentische Linke ihren Praxisbegriff unter Nutzung des Konzepts der Gegengewalt zunehmend derart radikalisiert, dass ihre Einschätzungen und Aktionen von Habermas als linker Faschismus qualifiziert werden.

Zusammenfassend arbeitet Kämpfer heraus, dass die Protestaushandlungen der späten 60er Jahre vor allem aufgrund ihrer Häufigkeit und ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit ein Umbruchphänomen in der Geschichte des Protests darstellen. Aus sprachlich-kommunikativer Sicht ist diese Phase zum einen aufgrund ihres hohen Maßes an Theorieaffinität und öffentlich dargestellter Diskussionsbereitschaft zu beschreiben, in deren Rahmen die geforderte praktische Seite der Theorie zur konstitutiven Grundlage der Argumentation für die Möglichkeit des Einsatzes von Gewalt wird. In eben diesem kommunikativ-interaktiven Setting und seinem Gegenstand erkennt Kämpfer eine entscheidende Veränderung hin zu einem bis heute gültigen Verständnis von Protest.

### **Teil III: Mediale Zugänge**

Auf die sich bei Kämpfer abzeichnenden Diskussionen um die Grenzen legitimen Protests beziehen sich auch **Sascha Michel** und **Steffen Pappert** in ihrem Beitrag „Multimodale Protestpraktiken analog und digital: Zur kritischen Aneignung von Wahlplakaten vor Ort und im Netz“, indem sie ein Korpus von ca. 600 Formen des analogen oder digitalen Wahlplakat-Bustings analysieren. Dieses Korpus diskutieren sie u. a. bezogen auf die Frage, ab wann und unter welchen Bedingungen verändernde Eingriffe auf bzw. in Wahlkampfplakaten als Protest wahrgenommen werden und wann in ihnen nur noch Formen des „Vandalis-

mus“ oder „Schmiererei“ gesehen werden. Leitend ist für die Verfasser hierbei die Annahme, dass es sich bei den in ihrem Korpus untersuchten Formen der „Resemiotisierung“ (Michel/Pappert i. d. Bd.) um Ausdrucksformen handelt, die mit Mitteln der Verfremdung und immer wieder auch der Ironisierung auf die „Enteignung des öffentlichen Raums“ durch hegemoniale Gruppen, seien es staatliche oder private Akteure, reagieren (vgl. dazu auch Auer 2010).

Bei der Analyse ihres Korpus nutzen die Verfasser u. a. die Überlegungen von Spitzmüller und Bendl (i. d. Bd.), indem sie argumentieren, dass das Plakat-Busting alle genannten Merkmale des Glückens von Protest erfüllen können, wenn ein Plakat in seiner verfremdeten (resemiotisierten) Form als Protest interpretiert und akzeptiert wird. Im Weiteren arbeiten sie heraus, dass die Bereitschaft für eine solche Akzeptanz nicht nur auf Seiten der Betrachter\*innen zu suchen ist. Zusätzlich scheint es von entscheidender Bedeutung zu sein, ob die eingesetzten semiotischen Ressourcen eine neue Bedeutung und damit neue Möglichkeiten des Dialogs entstehen lassen, oder aber eher als Form der Zerstörung interpretiert werden können. Insgesamt deutet hierbei unter Bezug auf das gesamte Korpus von Michel und Pappert einiges darauf hin, dass Formen des Plakatbustings im digitalen Bereich diese Anforderungen eher erfüllen als im analogen Sektor. Dies könnte seinen Grund darin haben, so vermuten die Verfasser, dass digitales Busting unter einem geringeren Zeitdruck stehen als Busting-Aktivitäten im öffentlichen Raum.

Auch **Birte Gnau-Franké** und **Eva L. Wyss** fokussieren in ihrem Beitrag Medialisierungsprozesse, im Zuge derer sich das Protestieren vollständig in der Sphäre des Digitalen vollzieht. Gerade in sozialen Medien bilden sich politische Diskurse und öffentlichkeitswirksame Räume, in denen nun auch das *Protestieren* gebräuchlich wird. Die Autorinnen diskutieren ausführlich die Bestimmung des Online-Protests in seinen wesentlichen medialen, kommunikativen und internetspezifischen Dimensionen und zeigen auf, auf welche Weise der Protest zu einer neuen medialen Praktik umgestaltet wird.

Offensichtlich verändert sich in den sozialen Medien auch der Protest als diskontinuierliches, fragmentiertes Ereignis und damit auch als Prozess, denn der Protest wird in der Regel nicht vorbereitet, sondern spontan initiiert und erst retrospektiv durch Folgekommunikation *als* Protest konstituiert. Darüber hinaus sind Online-Proteste nicht *nur* nicht-digitalen Ereignissen in reduzierter Form parallel beigeordnet, sondern können sich im Netz eigenständig etablieren und weiterentwickeln. Wenn derartige Online-Proteste dann mit anderen Bereichen des Öffentlichen verknüpft und dort ausgetragen werden, können sie über einen längeren Zeitraum diskursiv etabliert werden, wie die Autorinnen

anhand der internetspezifischen Verwendung des Hashtags an den Beispielen von #metoo und #Aufschrei zeigen.

Besonders prägnant ist, gerade hinsichtlich der *Individualisierung* in Zeiten der Digitalisierung, welche bedeutende Rolle in diesen Protesten die Individuen spielen. Ob anonym, pseudonym oder mit ihrem lebensweltlichen Namen treten sie durch das einzelne *Verschicken* von Protestpostings als protestierende Individuen zum Vorschein. Dabei stellen die Autorinnen des Beitrags fest, dass die konkreten Protestpraktiken der Teilnehmer\*innen sich in ihrer kommunikativen und sozialen Funktionalität unterscheiden. Durch die lange tabuisierten Themen, die sich von (Alltags-)Sexismus bis hin zu sexueller Gewalt erstrecken, finden sich vielfach Postings, die hinsichtlich der sprachlichen Ausgestaltung unterbestimmt und vage sind. Dies führte die Autorinnen zur Entwicklung eines von ethnografischen Methoden beeinflussten Forschungsinstruments der rekonstruktiven Re-Formulierung, durch welche die semantisch-pragmatische Lektüre und Textanalyse in einem wissenschaftlichen Kontext transparent gemacht, also *rekonstruiert*, wird.

Schließlich wird anhand dieser Erkenntnisse der Mehrwert von Online-Protesten sichtbar gemacht, indem herausgestellt werden kann, dass die Form des Protestierens online und die Umsetzung desselben in eine explizite Teilnahme, Meinungsäußerung und Unterstützung sowie Vergemeinschaftung durch die einzelnen Protestpostings mündet.

**Mark Dang-Anh** diskutiert in seinem Beitrag „'Jetzt Buckau!' Kommunikative Medienpraktiken in Straßenprotestsituationen“ am Beispiel einer Gegendemonstration gegen einen rechtsextremen Aufmarsch methodologisch grundlegende Aspekte der Konstitution und Wahrnehmung von Protest. Unter Nutzung eines medien- und praktikenorientierten Ansatzes zeigt er auf, dass und wie Protest im interaktiven Detail konstituiert wird. Aus empirischer Sicht untersucht er eine Sitzblockade im Jahr 2014 in Magdeburg. Diese Sitzblockade war eine Gegendemonstration gegen einen Aufmarsch rechtsextremer Gruppierungen, der anlässlich des Jahrestags der Bombardierungen Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg regelmäßig am 16. Januar stattfindet. Dang-Anhs Korpus setzt sich aus Daten der sozialen Netzwerkplattformen Twitter und Facebook zusammen, die er exemplarisch untersucht. Dabei geht es ihm darum zu zeigen, dass Straßenproteste sprachlich, interaktiv und medial durch situative Medienpraktiken konstituiert werden.

Konkret verfolgt er diese Annahme im Hinblick auf den Begriff der ‚Protest-situation‘, indem er anhand seines Materials phasenspezifisch unterschiedlicher Situationen und entsprechende mediale Praktiken herausarbeitet, mit denen die Akteure das Setting des Straßenprotests zum einen vollziehen, zum

anderen auf dessen öffentliche Wahrnehmung Einfluss nehmen. Dang-Anh zeigt sowohl für die Phase der Organisation der Sitzblockade, als auch für Phase der Koordinierung während der Ereignisse und nach der Demonstration, dass Praktiken wie das Mobilisieren, Koordinieren, Evaluieren und Positionieren genutzt werden, um sowohl die konkrete Situation im Hinblick auf den relevanten Raum, die zeitliche Abfolge von Handlungen und die zu koordinierenden Personen(gruppen) zu gestalten, als auch Einfluss auf die übersituative Wahrnehmung der Protestereignisse zu nehmen. Wie bei Spitzmüller/Bendl legen auch Dang-Anhs Überlegungen nahe, Protest als Konstitutivum zu verstehen, das linguistisch nur durch die Analyse seiner sprachlichen und medialen Erzeugungspraktiken zu fassen ist.

## 4 Verbleibende Desiderate

Diese Einleitung abschließend möchten wir auf vier Desiderate hinweisen, denen aus unserer Sicht neben einer Vielzahl von teils bereits angedeuteten Teilfragen für die linguistische Protestforschung eine besondere Bedeutung zukommt:

Zum einen unterstreichen vor allem die Beiträge von Schuster und Diekmannshenke deutlich die Notwendigkeit, den Begriff des Protests und damit den Gegenstand der Protestforschung auch bezogen auf (potenziell) konkurrierende Begriffe wie Widerstand oder Subversion abzugrenzen. Zum anderen zeigen etwa Spitzmüller/Bendl, dass Protest für die Beteiligten und Betroffenen durch ihre eigenen sprachlichen Praktiken kategorisch und, wie Kämper darlegt, historisch wird. Protest erlangt durch die sprachlichen und medialen Praktiken, durch die er prozessiert wird überindividuelle und zeit- und raumüberdauernde Bedeutung. Wenngleich die Beiträge in diesem Band von einer ethnokategorialen Zuordnung ausgehen, bleibt es notwendig, *Protest* als wissenschaftliche Kategorie zu konturieren. Hierbei ist es in mancher Hinsicht sinnvoll, einen eher weiten Protestbegriff zugrunde zu legen, der unterschiedliche Formen dissensualen, mitunter antihegemonialen Widerspruchs, losgelöst von dem konkreten politischen System, der jeweiligen Protestposition oder der Spezifik seiner kommunikativen Formation und Medien subsumiert. Gleichwohl, so haben die Beiträge gezeigt, gibt es durchaus Gründe, Protest in einem engeren Sinne von anderen Formen der Manifestation von Widerspruch zu unterscheiden. Eine denkbare Lösung könnte also darin bestehen, zwischen „Protest im engeren“ und „Protest im weiteren Sinne“ zu differenzieren. Auch hier bietet der sprachwissenschaftliche Zugang die Möglichkeit, auf empirischer

Grundlage der sprachlichen Verfertigungen der beteiligten bzw. kommentierenden Akteure Protest kategorial zuzuordnen.

Mit diesen Überlegungen wird zum anderen ein zweites Desiderat dieses Bandes angesprochen: Die systematische Berücksichtigung des politischen Rahmens und der sich innerhalb seiner aufspannenden Diskursbedingungen, unter denen sich Protest äußert. Dieser politische Kontext hat sich insoweit als relevant erwiesen, als dass auf den Unterschied zwischen „demokratischen“ Formen der Grenzziehung und „totalitären“ Formen von Ausschlussverfahren hingewiesen worden ist. Um weniger diese politisch durchaus pejorative Unterscheidung aufzugreifen, als vielmehr eine stärker deskriptive Form der Differenzierung zu wählen, könnte es sich als sinnvoll erweisen, im Anschluss an Jürgen Links normalismustheoretischen Ansatz zwischen proto-normalistischen Formen der rigiden Grenzziehung und eher flexibel-normalistischen Wegen des schrittweisen Floatens von Grenzmarkierungen auszugehen, die medial ausgehandelt werden (vgl. Link 2013). Aus einer solchen Sicht kämen dann auch die in dieser Einleitung angesprochenen Varianten von mehr oder weniger akzeptablen Formen des Protests systematisch als flexibel-normalisierend in den Blick.

Damit soll auf ein drittes Desiderat hingewiesen werden, das Spitzmüller/Bendl am Ende ihres Beitrags ansprechen, indem sie auf die Notwendigkeit verweisen, die eigenen politischen Sympathien nicht zur *analytischen* Grundlage der Arbeit am Thema Protest zu machen. Dass die Verfasser\*innen in diesem Band sich von einer sympathisierenden Protestforschung oder gar Auftrags- bzw. Gefälligkeitsforschung, distanzieren, scheint uns – wenn auch eher implizit als explizit – der Position aller Beitragenden zu entsprechen. Auch damit unterscheidet sich die linguistische Protestforschung etwa von einer politikwissenschaftlichen Protestforschung, die sich, nicht zuletzt aufgrund ihrer disziplinären Genese als demokratiefundierendes Fach, als grundsätzlich politisch versteht (vgl. Teune/Ullrich 2018). Wie Teune/Ullrich (2018) für die Politikwissenschaft und die politische Soziologie darlegen, entspringt Protestforschung oftmals einem eigenen politischen Engagement. Sie fordern daher von der Protestforschung einen „offensiven Umgang mit der eigenen Position“ (Teune/Ullrich 2018: 422) ein. Ob bzw. inwieweit sich auch eine linguistische Protestforschung zu ihrem Forschungsfeld, dem politischen Protest, derart zu positionieren hat, bleibt über diesen Band hinaus Gegenstand zukünftiger Diskussionen. Eins sollte jedoch deutlich geworden sein: Wenn die linguistische Protestforschung den hier postulierten konstruktiven Charakter ihres Gegenstands ernst nimmt, so wird sie ebenso anerkennen, dass auch die eigenen Erkenntnisse durch semiotische Praktiken erlangt werden, die sozial, historisch und medial

bedingt sind. Proteste sind gesellschaftsrelevant. Insofern steht auch die linguistische Protestforschung nicht als Neutrum außerhalb ihres Untersuchungsgegenstands.

Diese Feststellung lenkt die Aufmerksamkeit abschließend auf ein zusätzliches, wichtiger werdendes (viertes) Desiderat, das ausgelöst durch die Diskussionen um die Rolle der „Wissenschaft“ im Zusammenhang mit den Fragen des Klimawandels (und ebenso natürlich Covid-19) medial an Relevanz gewinnt: So bleibt im vorliegenden Band die Frage ungeklärt, welche Schlussfolgerungen sich aus den hier vorgelegten wissenschaftlichen Erkenntnissen für gesellschaftliche Zusammenhänge ableiten lassen. Hier könnte die *Angewandte Linguistik* im Allgemeinen und die Protestforschung im Speziellen aus thematischen Gründen durchaus aufgerufen sein, sich systematisch und reflektiert Gedanken darüber zu machen, welche gesellschaftlichen und politischen Schlussfolgerungen sich aus den vorliegenden Befunden ableiten lassen.

Diese Frage soll in ihrer Relevanz abschließend anhand von zwei Zitaten im Umfeld der Ernennung des Chemikers, Meeresgeologen und Klimaforschers Gerald Haug zum Präsidenten der Nationalakademie Leopoldina 2019 verdeutlicht werden. In diesem Zusammenhang wird Haug in einem Beitrag auf der Website der Max-Planck-Gesellschaft wie folgt zitiert:

Die Leopoldina ist ein wissenschaftliches Integral für Deutschland. Sie kann maßgeblich dazu beitragen, in wichtigen Zukunftsfragen einen faktenbasierten gesellschaftlichen Konsens zu erzielen, [...]. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Stimme der Wissenschaft noch deutlicher in Politik und Gesellschaft gehört wird ([www.solarify.eu/2019/12/12/652-klimaforscher-gerald-haug-neuer-leopoldina-praesident/](http://www.solarify.eu/2019/12/12/652-klimaforscher-gerald-haug-neuer-leopoldina-praesident/); 11.01.2020)

Diese Absichtserklärung Haugs unterstreicht Martin Stratmann als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft im gleichen Beitrag, wenn er herausstellt:

Gerald Haug ist nicht nur ein exzellenter Wissenschaftler, sondern auch jemand, der sich für die politische Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse einsetzt – das brauchen wir heute mehr denn je. Es freut mich zudem, dass die Wahl auf einen Max-Planck-er gefallen ist. Das zeigt, dass die Max-Planck-Gesellschaft ein integraler Bestandteil des deutschen Wissenschaftssystems ist. ([www.solarify.eu/2019/12/12/652-klimaforscher-gerald-haug-neuer-leopoldina-praesident/](http://www.solarify.eu/2019/12/12/652-klimaforscher-gerald-haug-neuer-leopoldina-praesident/); 11.1.2020)

Aufbauend auf diese Würdigung der Person Haugs und seines gesellschaftlichen und politischen Einsatzes, wird sich wohl auch die Protestforschung in Zukunft die Frage stellen müssen, welche Rolle Protestforscher\*innen als Vertreter\*innen der sprachgebrauchsorientierten Linguistik im Rahmen gesellschaftlicher Entwicklungen übernehmen wollen. Es kann sein, dass die Antwort auf diese Frage auch in Zukunft schwieriger ist, als dies im Augenblick für be-

stimmte naturwissenschaftlichen Bereich zu gelten scheint, überflüssig ist die Suche nach methodisch reflektierten Antworten aber deshalb nicht.

## Literatur

- Altheide, David L./Gilmore, Robert P. (1972): The Credibility of Protest. *American Sociological Review* 37 (1), 99–108.
- Auer, Peter (2010): Sprachliche Landschaften. Die Strukturierung des öffentlichen Raums durch die geschriebene Sprache. In Arnulf Deppermann/Angelika Linke (Hrsg.), *Sprache intermedial – Stimme und Schrift, Bild und Ton*, 271–300. Berlin/New York: De Gruyter.
- Auslander, Philip (2008): *Liveness. Performance in a mediatized culture*. 2. Aufl. New York: Routledge.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Busse, Dietrich (1997): Das Eigene und das Fremde. Annotationen zu Funktion und Wirkung einer diskurssemantischen Grundfigur. In Matthias Jung/Martin Wengeler/Karin Böke (Hrsg.), *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über "Ausländer" in Medien, Politik und Alltag*, 17–35. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dang-Anh, Mark (2019): *Protest twittern. Eine medienlinguistische Untersuchung von Straßenprotesten* (Locating Media/Situierte Medien 22). Bielefeld: Transcript.
- Della Porta, Donatella (1999): Protest, Protestors, and Protest Policing: Public Discourses in Italy and Germany from the 1960s to the 1980s. In Marco Giugni/Doug McAdam/Charles Tilly (Hrsg.), *How Social Movements Matter*, 66–96. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Dudenredaktion (o. J.): „Protest“ auf Duden online. [www.duden.de/rechtschreibung/Protest](http://www.duden.de/rechtschreibung/Protest) (letzter Zugriff 29.01.2020).
- Ertl, Sarah (2015): *Protest als Ereignis: Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation*. Bielefeld: Transcript.
- Gherairi, Jasmina (2015): *Persuasion durch Protest*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Keller, Reiner/Reichertz, Jo/Knoblauch, Hubert (Hrsg.) (2013): *Kommunikativer Konstruktivismus*. Wiesbaden: Springer.
- Knoblauch, Hubert (2016): Über die kommunikative Konstruktion der Wirklichkeit. In Gabriela B. Christmann (Hrsg.), *Zur kommunikativen Konstruktion von Räumen*, 29–53. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Link, Jürgen (2013): *Versuche über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (2001): Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994. Ereignisse, Themen, Akteure. In Dieter Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, 27–70. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Pappert, Steffen/Mell, Ruth M. (2018): Partizipationspraktiken in den Protestdiskursen 1968 und 1989. In Bettina M. Bock/Philipp Dreesen (Hrsg.), *Sprache und Partizipation in Geschichte und Gegenwart*, 237–255. Bremen: Hempen.

- Pfeifer, Wolfgang et al. (1993): *Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, digitalisierte und von Wolfgang Pfeifer überarbeitete Version im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache*. [www.dwds.de/wb/wb-etymwb](http://www.dwds.de/wb/wb-etymwb) (letzter Zugriff 29.01.2020).
- Rucht, Dieter (2012): Massen mobilisieren. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62 (25–26), 3–8.
- Rucht, Dieter (2015): Zum Wandel von Protestkulturen. In Jörg Rössel/Jochen Roose (Hrsg.), *Empirische Kultursoziologie*, 265–290. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (2009): Kommt herunter, reiht euch ein. Zur Form des Protesthandelns sozialer Bewegungen. In Klaus Schönberger/Ove Sutter (Hrsg.), *Kommt herunter, reiht euch ein! Kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*, 7–29. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Spieß, Constanze (2016): Uttering. In Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), *Protest Cultures. A Companion* (Protest, culture and society 17), 343–351. New York: Berghahn Books.
- Stöckl, Hartmut (2011): Sprache-Bild-Texte lesen. Bausteine zur Methodik einer Grundkompetenz. In Hajo Diekmannshenke/Michael Klemm/Hartmut Stöckl (Hrsg.), *Bildlinguistik. Theorien – Methoden – Fallbeispiele* (Philologische Studien und Quellen 228), 43–70. Berlin: Erich Schmidt.
- Teune, Simon/Ullrich, Peter (2018): Protestforschung mit politischem Auftrag? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1–2), 418–425.
- Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (1964–1977), kuratiert und bereitgestellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache. [www.dwds.de/d/wb-wdg](http://www.dwds.de/d/wb-wdg) (letzter Zugriff 29.01.2020).
- Zimmermann, Barbara/Resch, Stefan (2017): Protest als Eintrittskarte in den Diskurs. Zur Positionierung im Rahmen eines ‚Protest-Genres‘. *Wiener Linguistische Gazette* 81, 75–105. [https://wlg.univie.ac.at/fileadmin/user\\_upload/p\\_wlg/812017/zimmermann-resch-protest.pdf](https://wlg.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_wlg/812017/zimmermann-resch-protest.pdf) (letzter Zugriff 29.01.2020).

